



DR. SOLER, v. HOHENLOHE, ENGEL
ABOGADOS, AUDITORES, ECONOMISTAS

“Wir lieben Perfektionismus”

KANZLEIMITTEILUNG

Brief aus Spanien

I) Konjunkturbilanz der spanischen Wirtschaft im ersten Quartal 2018

Wachstum bleibt kräftig

Im ersten Quartal 2018 ist das Bruttoinlandsprodukt **(BIP) Spaniens um 0,7% gestiegen**, und hat damit gegenüber dem Vorjahr genauso wie im letzten Quartal 2017 **um 3% zugenommen**. Die **Beschäftigung im ersten Quartal wuchs um 2,6%**, was dem Entstehen von **465.000 Vollzeit-Arbeitsplätzen auf Jahresbasis entspricht**.

Die spanische Wirtschaft verzeichnet schon viereinhalb Jahre Wachstum. Das **BIP Spaniens wächst ununterbrochen seit achtzehnten Quartalen. Die Regierung prognostiziert eine Steigerung vom 2,7% für 2018**. Das BIP Spaniens nimmt weiterhin mehr als in der Eurozone zu. Das BIP der Eurozone stieg um 0,4% in ersten Quartal, und um 2,5% gegenüber dem Vorjahr.

II) Sturz der Regierung von Mariano Rajoy

Am 1. Juni stimmten 180 Abgeordnete im Spanischen Kongress bei einem konstruktiven Misstrauensvotum gegen den amtierenden Ministerpräsidenten Mariano Rajoy, und 169 sprachen sich dagegen aus. Zum ersten Mal seit 1978 (Einführung der spanischen Verfassung) ist ein Misstrauensvotum im spanischen Kongress erfolgreich. Damit wurde Rajoy, der seit Dezember 2011 im Amt war, vom Parlament abgelöst.

Die zahlreichen Korruptionsfälle der Volkspartei haben die Geduld der spanischen Gesellschaft strapaziert, und der Oppositionsführer, der Sozialist Pedro Sánchez, hat diese Stimmung ausnützen können. Sánchez hat genügend Parteien überzeugt, für sein Misstrauensantrag zu stimmen.

Der Auslöser des Sturzes von Rajoy war das Urteil über den Fall Gürtel. Der Richter stellte fest, daß die Volkspartei „ein effizientes System institutioneller Korruption“ aufgebaut habe. Obwohl Rajoy nicht persönlich angeklagt war, bewertete das Gericht seine Zeugenaussagen als „wenig glaubwürdig“. **Für 29 Angeklagte wurden**

Gefängnisstrafen von insgesamt 351 Jahren verhängt. Alle anderen spanischen Parteien sind in Korruptionsfällen verwickelt. Aber das Urteil im Fall Gürtel hat ein umfangreiches Korruptionsmodell aufgezeigt. Darüber hinaus hat Rajoy seit Anfang der Ermittlungen die angeklagten Mitglieder seiner Partei aus ihren Ämtern nicht entlassen und die Bedeutung der Korruptionsfälle heruntergespielt. Rajoy hat das Ausmass der Entrüstung der Spanier über die Korruptionsfälle unterschätzt, vor allem weil die Bevölkerung schwere Sparmaßnahmen hat hinnehmen müssen.

1) Kurze Bilanz der Rajoy Regierungen

Als die Volkspartei die Parlamentswahlen im Dezember 2011 gewann, **lag das Haushaltsdefizit bei 8,9% des BIP, die Arbeitslosigkeit bei 22%, die Wirtschaft schrumpfte und die Risikoprämie betrug 470 Punkte.** Die Märkte und Analysten erwarteten, dass Spanien auf ein Hilfsprogramm von der Troika angewiesen war. Dank der absoluten Mehrheit der Volkspartei von 2011-2016, hat die spanische Regierung unpopuläre Sparmaßnahmen und Strukturreformen verabschiedet. **Die spanische Wirtschaft ist drei Jahre in Folge (2015, 2016, 2017) um mehr als 3% gewachsen. Die Arbeitslosigkeit ist bis auf 15% gesunken, das Haushaltsdefizit hat sich auf 3% verringert und die Risikoprämie liegt bei 99 Punkten.**

2) Schwäche der neuen Regierung im Parlament

Zum ersten Mal seit Ende der Franco Diktatur 1975, ist ein neuer Ministerpräsident dank eines Misstrauensvotums und nicht durch Parlamentswahlen an die Macht gekommen. Der Sozialist Pedro Sánchez hat bei den 2016 Parlamentswahlen das schlechteste Ergebnis der spanischen Sozialistischen Partei seit 1977 hinnehmen müssen. Er war nicht mal Abgeordneter im Spanischen Parlament. **Mit 83 Mandaten sind die Sozialisten sehr weit davon entfernt, über eine Mehrheit im Parlament (176) zu verfügen.** Sie sind daher auf die Unterstützung verschiedener Parteien angewiesen. Die wichtigste dieser Partei ist die **linkspopulistische Unidos Podemos, die 67 Mandate im Parlament zählt. Baskische und katalanische Parteien, die die Unabhängigkeit anstreben (ERC, PDeCat, EH-Bildu), haben auch dem Misstrauensantrag zugestimmt. Diese Parteien haben zusammen für die Ablösung Rajoys zwar gestimmt, aber sehr unterschiedliche Prioritäten und Standpunkte hinsichtlich der Wirtschaft, der Finanzen, Sozialfragen, der Strukturreformen und der Katalonienkrise vertreten.** Die Volkspartei behält ihre absolute Mehrheit im Senat.

3) Finanzmärkte vom Regierungswechsel nicht beunruhigt

Die Ablösung Rajoys und **die Vereidigung Sánchez hat die Finanzmärkte nicht beunruhigt, im Gegensatz zu den Entwicklungen in Italien.** Die Erklärung dafür ist, dass sowohl die Sozialistische Partei Spaniens als auch ihre verbündeten Parteien beim Misstrauensantrag die europäische Integration unterstützen. Sánchez hat die **Märkte weiter mit dem Versprechen beruhigt, daß er sich an den von der Volkspartei und der Ciudadanos Partei am 23. Mai verabschiedeten Haushalt halten wird.** Sánchez

braucht auch den Rückhalt der Nationalpartei des Baskenlands, die sich von der Volkspartei und Ciudadanos € 540 Millionen Investitionen in Baskenland im Haushalt hat zusichern lassen.

Ende 2017 hat Spanien sein Haushaltsdefizit auf 3% des PIB verringert, und damit die Anforderung der Europäischen Kommission erfüllt. Die zehnjährige Anleihe Spaniens hat sich kaum bewegt nach dem Regierungswechsel, und bleibt bei 1,29% niedriger als die der Vereinigten Staaten (2,88%), Kanada (2,16%), Australien (2,63%) und Italien (2,64%).

III) Eurozone und Weltwirtschaftskonjunktur im Rahmen des zuspitzenden Protektionismus

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in ihrem Jahresbericht Ende Juni die Risiken des steigenden Protektionismus hervorgehoben. **Am 1. Juni hatte US-Präsident Donald Trump sich doch entschieden, Strafzölle von 25% auf Einführungen von Stahl und von 10% auf Aluminium aus der Europäischen Union, Kanada, Mexiko und Japan zu verhängen. Eine vorläufige Ausnahme der Zölle für die EU, Kanada, Mexiko und Japan wurde nicht von Washington verlängert.** Darüber hinaus, nach dem Scheitern und gegenseitigen Vorwürfen des G7 Gipfels wenige Tage danach, **drohte Trump sowohl Kanada als auch der Europäische Union mit höheren Zöllen für Ausführungen von Fahrzeugen. Die Europäische Kommission hat ihrerseits angekündigt, Zölle auf US Exporte von Motorrädern, Bourbon-Whiskey, Jeans und Erdnüssen zu erheben. Diese Zölle waren schon Monate zuvor in Brüssel als Gegenmaßnahme ins Visier genommen**, weil sie verhältnismässig sind, und die Bundesstaaten der Führung der Republikanischen Partei im US Kongress treffen.

1) Eskalation nach G7 Gipfel in Kanada

Die Finanzmärkte hatten die Stahl- und Aluminium Zölle und Gegenmaßnahmen nach einem Sturz in Kauf genommen. **Die von der ersten Runde von Zöllen betroffenen Waren erreichen ein Wert von nur ungefähr \$3 Milliarden. Aber die Eskalation nach dem G7 Gipfel und erneute Drohungen von Trump trotz seiner Isolierung beim G7 Gipfel haben die Angst vor einem großen Handelskrieg ausgelöst. Der US Präsident sei anscheinend bereit, einen Handelskrieg an verschiedenen Fronten zu führen – gegen Kanada, Mexiko, EU, Japan und China.** Preise amerikanischer Importe sind schon aufgrund der EU und anderen Zölle gestiegen. Harley Davidson, die Stahl einführt, kündigte ein Verlust von 100 Millionen an, einen durchschnittlichen Preisanstieg ihrer Motorräder von \$2200 und wird einen Teil Ihrer US-Produktion ins Ausland verlagern.

Trotz dieser Entwicklungen unterstützen weiterhin **90% der Republikanischer Wähler Trump, der mit der Stärke der Wirtschaft und Arbeitsmarkt (3,8% Arbeitslosigkeit) rechnet** und einen Wahlsieg der Republikaner in November erwartet.

Die Absicht Trumps, China mit milliardenschweren Strafzöllen belegen zu wollen, hat dies bestätigt. Trump begründete die Strafzölle gegen China mit unfairen Handelspraktiken und Diebstahl geistigen Eigentums durch China. Das Paket werde Zölle und andere Maßnahmen im Volumen von etwa 60 Milliarden US-Dollar enthalten. **Nachdem Beijing mit Gegenmaßnahmen drohte, sprach Trump von Zöllen im Wert von \$200 Milliarden gegen China.**

2) EZB Jahresbericht

Trotz der Handelsspannungen hat die EZB in ihrem Bericht am 28. Juni die Prognose für die Fortsetzung des **Aufschwungs in der Eurozone für das laufende Jahr 2018 nicht revidiert, im Mai eine Inflation von 1,9% angekündigt und eine Einstellung der Milliardenkäufe von Anleihen für Ende 2018 bestätigt.**

DR. SOLER, v. HOHENLOHE, ENGEL

Dr. Alexandre Muns Rubiol

Professor, OBS und EAE Business School

Quellen: Internationaler Währungsfonds, Europäische Kommission, Spanisches Wirtschaftsministerium, Reuters, Bloomberg, Die Welt, Wirtschaftswoche, Süddeutsche Zeitung.